

Erklärung der Kreissynode Simmern-Trarbach zu Flucht, Asyl und Kirchenasyl am 09./10. November 2018

Mit Sorge nimmt die Synode die weltweiten Flüchtlingsbewegungen wahr. Weltweit sind 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg und Hungersnot oder vor der Verfolgung aus politischen, religiösen, weltanschaulichen Gründen. Niemand verlässt seine Heimat ohne Grund. Niemand schickt sein minderjähriges Kind ohne Grund auf eine lebensgefährliche Reise nach Europa.

Durch die Schließung der Grenzen an Land, die Absicherung der Meeresroute über das Mittelmeer und die Verschärfung der Gesetze kommt nur noch ein Bruchteil dieser Menschen nach Europa, noch weniger nach Deutschland. Im Vergleich Flüchtlinge/Bevölkerung steht Deutschland europaweit auf Platz 6.

Unsere Kirchengemeinden, die Haupt- und Ehrenamtlichen haben in den letzten 5 Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass die Aufnahme der Flüchtlinge in Übergangswohnungen gelingen konnte. Unzählige Male wurden Flüchtlinge begleitet zu Behörden, Ärzten, in Schulen und Kindertagesstätten. Übersetzen, Formulare ausfüllen, fremde Gewohnheiten erklären, aber auch Deutschkurse, Vermittlung von Dolmetschern und Rechtsberatung, Vermittlung von Wohnungen, Mobiliar und Hilfe bei der Suche nach Arbeits- oder Ausbildungsstellen gehören bis heute zu den Angeboten der Kirchengemeinden, ebenso der Betrieb von Flüchtlingscafés in eigener Trägerschaft oder gemeinsam mit anderen Trägern, zumindest aber die Mitarbeit bei ebensolchen kommunalen Angeboten. Ohne all dieses insbesondere ehrenamtliche Engagement wären die Aufnahme und beginnende Integration der Flüchtlinge nicht im Ansatz zu leisten gewesen.

Die Kreissynode dankt ausdrücklich allen Kirchengemeinden, allen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihr Engagement in diesem diakonischen Aufgabengebiet.

In der Frage des dauerhaften oder befristeten Aufenthaltsrechtes haben die zuständigen Behörden und Gerichte zu entscheiden. Durch die vermeintlich zu große Anzahl von Asylbewerbern ist es zu einer Verschärfung der Gesetze gekommen. Dazu gehört schon seit vielen Jahren die Dublin-Verordnung, nach der Flüchtlinge in dem europäischen Land zu bleiben haben, in dem sie sich zuerst gemeldet oder Asyl beantragt haben. Dazu gehört aber auch die Definition von sicheren Herkunftsländern. Durch diese und andere Regelungen wird ausgehöhlt, dass Asylrecht ein Individualrecht ist, d.h. jeder Fall muss einzeln nach seinen ganz persönlichen Fluchtgründen beurteilt werden.

Da dieses nach dem Eindruck vieler Kirchengemeinden nicht in jedem Fall so behandelt wird, bieten sie in ganz besonderen Fällen Kirchenasyl an. Kirchenasyl will und kann staatliches Recht nicht aushöhlen. Kirchenasyl will vielmehr durch eine Fristverlängerung eine erneute Überprüfung des Einzelfalls erreichen. Zurzeit gibt es in Deutschland 551 Kirchenasyle mit 857 Personen. Ca. 80 – 90 % der Kirchenasyle in den letzten Jahren wurden positiv beendet, d.h. es wurde mindestens eine Duldung erreicht.

- Die Verabredungen zwischen Staat und Kirche zum Kirchenasyl aus den Jahren 2015 und 2017 wurden einseitig von staatlicher Seite verschärft. So wird die sog. Rücküberstellungsfrist in das sichere Drittland von 6 auf 18 Monate angehoben, da der Flüchtling z.B. nach dem erneut abgelehnten Härtefalldossier als „flüchtig“ und untergetaucht gilt.

- Diese Verlängerung halten wir für unrechtmäßig, da der Aufenthaltsort von Anfang an allen Behörden bekannt ist und die Flüchtlinge eben nicht untergetaucht sind.

- Das von der Kirchengemeinde vorgelegte Härtefalldossier wird von derselben Abteilung im BAMF behandelt wie zuvor der Asylantrag. In der Regel gleichen sich auch die standardmäßigen Argumente in den Antwortschreiben.

- Das Ausnutzen der menschlichen Not für politische Zwecke können wir nicht unwidersprochen lassen.

- Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung von Pfarrerinnen und Pfarrern, die aus persönlicher Gewissensnot ihrem Glauben folgen

Die Kreissynode dankt allen Kirchengemeinden und allen Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich in dieser besonderen Form bedrohten Menschen an die Seite stellt und wird sie auch weiterhin unterstützen.